

Handelsabkommen:	
CETA: Arbeitnehmer kommen zu kurz	2
Eurokrise:	
Wie Griechenland ohne Sparpolitik dastünde	3
Beschäftigung: Weiblich, westlich, atypisch	4
Leiharbeit:	
Mehr Unzufriedenheit nach Deregulierung	5
Lehrstellen: Betriebe bilden nicht genug aus	6
Finanzinvestoren: Unternehmen als Ware	7
TrendTableau	8

KONJUNKTUR

Europa wächst langsam wieder

Die deutsche Wirtschaft legt kräftig zu. Allerdings bleiben Risiken innerhalb der Eurozone. Um die Krise der Währungsunion zu überwinden, sind mehr Investitionen notwendig.

Die Beschäftigung in Deutschland wird sich 2015 und 2016 positiv entwickeln, die Arbeitslosigkeit sinken. Das Bruttoinlandsprodukt wird in beiden Jahren um jeweils 2,2 Prozent im Jahresdurchschnitt zulegen. Das sind die Kernergebnisse der neuen Konjunkturprognose des IMK.* Gegenüber ihrer Voraussage vom Dezember haben die Ökonomen die Wachstumserwartung für 2015 um 0,6 Prozentpunkte erhöht. Für 2016 gibt das IMK zum ersten Mal eine Prognose ab.

Gründe für den Aufschwung: Gestützt durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und den privaten Konsum ziehe die Binnennachfrage an, so die Forscher. Zudem profitierten die Unternehmen vom schwachen Euro, der gegenüber dem US-Dollar seit der ersten Jahreshälfte 2014 um 18 Prozent abgewertet hat, sowie von niedrigen Energie- und Rohstoffpreisen.

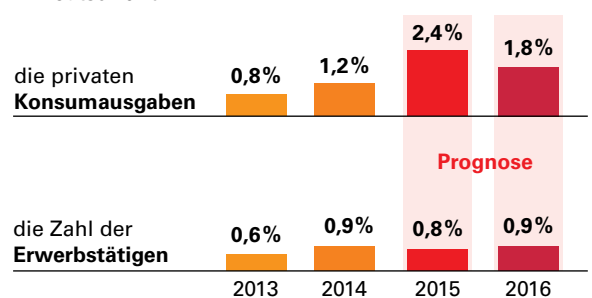
„Wir beobachten zwei positive Trends: Die deutsche Wirtschaft wächst kräftiger, und dieses Wachstum ist balancierter als in früheren Jahren, in denen es fast ausschließlich vom Export abhing“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „Allerdings sind die überzogenen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse längst noch nicht auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt.“ Um ein nachhaltiges Wachstum zu sichern, sei eine weitere Stärkung der Nachfrage durch spürbare Lohnerhöhungen wichtig, betont Horn. Dazu leiste auch der neue gesetzliche Mindestlohn einen Beitrag.

Im Rest der Eurozone wird es nach Meinung der IMK-Ökonomen langsam aufwärts gehen: Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum außerhalb Deutschlands dürfte 2015 um 1,1 Prozent zulegen, im Jahr 2016 um 1,9 Prozent. Trotzdem bleibe die Wirtschaftsleistung der sogenannten Peripherieländer – Portugal, Irland, Griechenland, Spanien und Italien – noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von Anfang 2008.

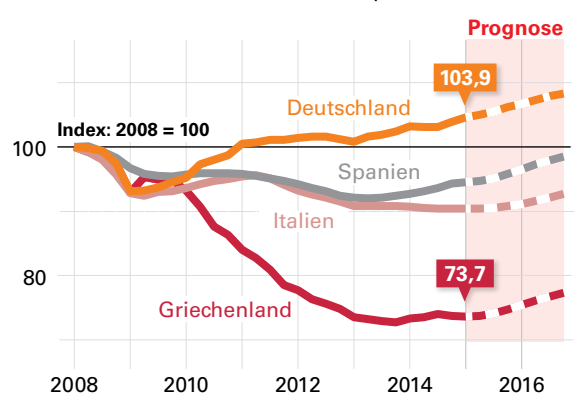
„Nach fünf Jahren Austeritätspolitik setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass der harte Sparkurs nicht die Erfolge gebracht hat“, schreiben die Ökonomen. Notwendig sei nun ein Strategiewechsel: weg von der gescheiterten Politik des Sparens, hin zu einer investitionsorientierten Politik. Um die

Mehr Jobs, mehr Konsum

So verändern sich im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland ...



So entwickelt sich das Bruttoinlandsprodukt in ...



Quelle: IMK 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Konjunktur zu beleben, benötige die Eurozone einen starken finanzpolitischen Impuls. Der sogenannte Juncker-Plan sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aufgrund der geringen Ausstattung mit öffentlichen Mitteln reiche dieser Plan aber nicht aus. Die Forscher sehen nach wie vor Risiken für die Währungsunion: Sollten die deflationären Tendenzen zunehmen, könne dies zu einem „gravierenden Vertrauensverlust“ führen. Dies könne auch den Aufschwung in Deutschland jederzeit zum Absturz bringen. ◀

* Quelle: IMK-Arbeitskreis Konjunktur: Im Aufschwung – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2015/2016, März 2015
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

CETA: Arbeitnehmer kommen zu kurz

Das Abkommen CETA soll den Handel zwischen Europa und Kanada erleichtern. Die Wahrung von Arbeitnehmerrechten dürfte es erschweren.

Um dem Warenaustausch zwischen Kanada und der EU neuen Schwung zu verleihen, starteten im Oktober 2009 die Verhandlungen für das Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement). Das Ergebnis hat die EU-Kommission im September 2014 veröffentlicht. Thomas Fritz, Experte für internationale Wirtschaftsbeziehungen, hat für die Hans-Böckler-Stiftung untersucht, wie der ausgehandelte Vertragstext zu bewerten ist.* Seinem Gutachten zufolge kommen soziale und Arbeitnehmerinteressen deutlich zu kurz. Es bestehe die Gefahr, dass Investoren staatliche Regulierung in wichtigen Bereichen aushebeln. Die von der EU-Kommission reklamierten Verbesserungen für einen transparenteren Umgang mit Investoren-Klagen seien bestenfalls im Ansatz umgesetzt.

Ähnlich wie andere Freihandelsverträge verpflichte CETA die EU-Staaten und Kanada allgemein zu Liberalisierungen, schreibt Fritz. Zölle sollen wegfallen und Investoren freien Zugang zu Märkten erhalten. Generelle Ausnahmen seien nur in sehr engen Grenzen vorgesehen, etwa um die Gesundheit oder natürliche Ressourcen zu schützen. Was die Rechte von Beschäftigten angeht, wären damit allenfalls Maßnahmen des Arbeitsschutzes zu rechtfertigen. Entsprechende Regelungen müssten laut Vertragstext „notwendig“ sein und dürften keine „willkürliche oder nicht zu rechtfertigende Diskriminierung“ sowie keine „verdeckte Behinderung des internationalen Handels“ darstellen. Zudem gelte der Investitionsschutz, der eine „billige und gerechte Behandlung“ von Anlegern vorschreibt.

Das Problem: „Alle diese Bedingungen räumen einem Tribunal erhebliche Interpretationsspielräume ein“, so der Experte. Private Schiedsgerichte, wie sie CETA zur Streit-schlichtung zwischen Staaten und Investoren vorsieht, neigten erfahrungsgemäß zu einer sehr weiten Auslegung von Investitionsschutzstandards. Demnach hätten Anleger ein Recht auf ein stabiles Regulierungsumfeld, das ihre legitimen Erwartungen erfüllt. Fritz hält es beispielsweise für denkbar, dass die deutsche Mietprelsbremse als Eingriff in die Rechte von Anlegern interpretiert werden könnte. Eine Berufungsinstanz, die ein entsprechendes Urteil aufheben könnte, sei dabei nicht vorgesehen, sondern werde lediglich vage in Aussicht gestellt.

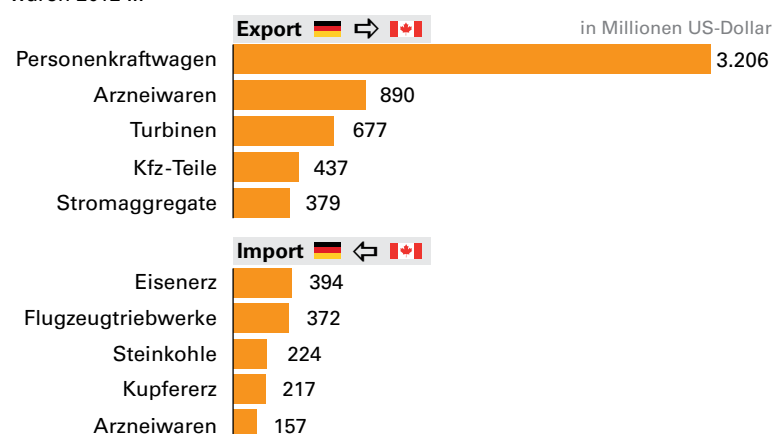
Neben den – sehr restriktiven – allgemeinen Ausnahmen enthält CETA Sonderregeln für bestimmte Bereiche. Dabei

greift das Prinzip der Negativliste: Alle nicht genannten Bereiche sind grundsätzlich zu liberalisieren. Laut dem Gutachten gilt das auch für etwaige neu entstehende Dienstleistungen oder Branchen. Zudem unterliegen bestimmte Vorbehalte dem sogenannten Sperrklinken-Mechanismus: Es darf zwar weiter dereguliert, aber keine Regulierung verschärft werden; künftige Liberalisierungen werden zu bindenden Verpflichtungen.

Zu den Bereichen auf der Negativliste gehören Dienstleistungen, „die in hoheitlicher Gewalt erbracht werden“. Teilweise unklar ist dem Autor zufolge, was für Bereiche wie die Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit oder Kultur gilt, in denen private und öffentliche Anbieter existieren oder wo es eine öffentlich-private Mischfinanzierung gibt. „Audiovisuelle Dienstleistungen“ seien zwar von den Liberalisierungs-

Autos gegen Eisen

Die wichtigsten Güter im Handel zwischen Deutschland und Kanada waren 2012 ...



Quelle: Aichele, Felbermayr 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

verpflichtungen explizit ausgenommen, allerdings fehle eine klare Definition.

Da die Investitionsschutzstandards auch auf Subventionen anwendbar seien, könnten staatliche Ausgleichszahlungen für gemeinnützige Unternehmen wie Träger der freien Wohlfahrtspflege oder Krankenhäuser angreifbar sein, warnt Fritz. Zudem fehlten verbindliche Sozialklauseln in den Vorgaben für das öffentliche Beschaffungswesen. Die Folge: Tarif-treuerregelungen bei der Auftragsvergabe könnten mit CETA konfliktieren.

Regelungen, die sich direkt auf Arbeit beziehen, finden sich laut der Studie nur im Kapitel über nachhaltige Entwicklung. Dort bekräftigen die Vertragspartner ihre Verpflichtungen als Mitglieder der ILO (International Labour Organization). Dass die Kanadier, die zwei der ILO-Konventionen bislang nicht ratifiziert haben, dies nun nachholen, schreibe CETA nicht vor. Zudem seien Verstöße gegen die Vereinbarungen zum Thema Arbeit nicht nach dem allgemeinen Streitschlichtungsmechanismus verhandelbar. Vorgesehen seien Gespräche – aber keine Sanktionen. ◀

* Quelle: Thomas Fritz: Analyse und Bewertung des EU-Kanada-Freihandelsabkommens CETA, Berlin, Januar 2015
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Wie Griechenland ohne Sparpolitik dastünde

Die Kürzung staatlicher Ausgaben hat die griechische Wirtschaft stark belastet. Ohne diese Kürzungen oder mit einer langfristig gestreckten Konsolidierung ginge es dem Land heute besser.

Infolge der Krise ist die Wirtschaft in Griechenland eingebrochen. Das Bruttoinlandsprodukt sank seit 2007 um mehr als 25 Prozent. Dieser Rückgang sei zum größten Teil auf Sparmaßnahmen der Regierung zurückzuführen, schreiben Sebastian Gechert und Ansgar Rannenberg vom IMK in einer aktuellen Studie.* Die Ökonomen haben untersucht, wie Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zwischen 2010 und 2014 die Wirtschaftskraft des Landes und die öffentlichen Haushalte beeinflussten. Außerdem haben sie berechnet, welche Auswirkungen alternative Strategien gehabt hätten.

Die Folgen fiskalpolitischer Eingriffe für die Konjunktur eines Landes lassen sich anhand sogenannter Fiskalmultiplikatoren bestimmen – dies haben die beiden Wissenschaftler bereits in einer früheren Studie analysiert. Sie werteten dazu 98 internationale Veröffentlichungen aus. Dabei zeigte sich, dass sich eine Kürzung der staatlichen Ausgaben für Investitionen, Güter, Dienstleistungen und Transfers während eines Konjunkturabschwungs besonders negativ auf das Bruttoinlandsprodukt auswirkt, weil sie die Nachfrage reduzieren und private Haushalte und Unternehmen ihre Ausgaben dann ebenfalls einschränken und so den Abschwung verstärken. Steuererhöhungen haben zwar auch einen negativen Effekt, aber einen deutlich geringeren als Ausgabenkürzungen.

Insgesamt wurden in Griechenland zwischen 2010 und 2014 staatliche Konsumausgaben, öffentliche Investitionen und Sozialausgaben in Höhe von insgesamt 29,2 Milliarden Euro gestrichen, gleichzeitig belief sich die Erhöhung von Steuern und Abgaben auf 29,4 Milliarden Euro, ausgedrückt in Preisen von 2010. Nach Berechnungen der IMK-Ökonomen ließen diese Maßnahmen das Bruttoinlandsprodukt um 25,7 Prozent schrumpfen.

Die Forscher weisen darauf hin, dass die griechische Wirtschaft bereits vor Ausbruch der Krise unter schwerwiegenden Problemen gelitten habe, allen voran unter einem massiven Verlust von Wettbewerbsfähigkeit, einem großen Leistungsbilanzdefizit sowie Kapitalabflüssen aufgrund der Furcht vor einer Staatspleite. Diese Ausgangslage sei in den von ihnen berechneten alternativen Szenarien ebenso berücksichtigt wie die notwendigen Rettungsmaßnahmen für Staat und Banken. Ein Vergleich der verschiedenen Szenarien zeige jedoch, dass der dramatische Einbruch der Wirtschaftsleistung erst durch die Politik in den Krisen Jahren verursacht worden ist.

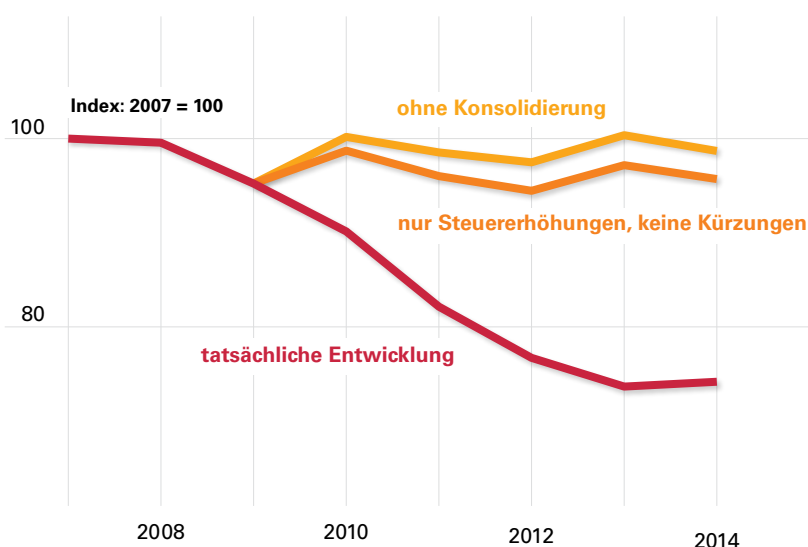
„Die Austeritätspolitik trägt die Hauptschuld am Rückgang des Bruttoinlandsprodukts“, schreiben Gechert und Rannenberg. Hätte es die Konsolidierung nicht in diesem

Ausmaß gegeben, dann wäre dem Land dieser massive Einbruch erspart geblieben. Das Bruttoinlandsprodukt hätte etwa auf dem Stand von 2009 stagniert, so die Wissenschaftler. Zudem habe der durch die Austerität verursachte Einbruch der Wirtschaftsleistung den Schuldenstand relativ zum Bruttoinlandsprodukt weiter ansteigen lassen. In einem Szenario ganz ohne Konsolidierung wäre die Schuldenstandsquote heute sogar etwas geringer.

Wäre das komplette Konsolidierungspaket zu einem späteren Zeitpunkt, in einer wirtschaftlichen Aufschwungphase umgesetzt worden, hätten fast zwei Drittel des BIP-Rückgangs vermieden werden können, während das Primärdefizit – also die Haushaltslücke ohne Zinsen – fast doppelt so stark geschrumpft wäre.

Ohne Austeritätspolitik besser dran

So hätte sich das reale BIP in Griechenland nach Berechnungen des IMK entwickelt ...



Quelle: Ameco, IMK 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Alternativ hätte auch mit einer sofortigen, aber auf die Einnahmeseite beschränkten Konsolidierung der größte Teil des tatsächlichen Verlustes vermieden werden können, weil Steuererhöhungen die Konjunktur deutlich weniger belasten als Ausgabenkürzungen. Die Schuldenquote im Jahr 2014 läge in diesem Fall um fast 40 Prozentpunkte niedriger.

„Es zeigt sich, dass diejenigen, die frühzeitig vor dem Experiment der Austeritätspolitik in Griechenland gewarnt haben, recht hatten“, urteilen die Wissenschaftler. ◀

*Quelle: Sebastian Gechert, Ansgar Rannenberg: The costs of Greece's fiscal consolidation, IMK Policy Brief, März 2015
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Weiblich, westlich, atypisch

Atypische Beschäftigung bleibt weit verbreitet: Fast vier von zehn Arbeitnehmern haben kein Normalarbeitsverhältnis.

In Deutschland waren 2014 rund 39 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Teilzeit, Leiharbeit oder Minijobs tätig. Im Vergleich zu 2013 ist der Anteil geringfügig gestiegen, wie die WSI-Datenbank „Atypische Beschäftigung“ zeigt.* „Insbesondere die Zahl der Teilzeit- und Leiharbeiter hat zugenommen“, sagt Toralf Pusch, Arbeitsmarktexperte des WSI. Die Zahl der Minijobber sei in etwa konstant geblieben.

Das WSI wertet die neuesten verfügbaren Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) aus, die als einzige Quelle alle abhängigen Beschäftigungsverhältnisse regional differenziert registriert. In der Datenbank „Atypische Beschäftigung“ sind diese Informationen aufbereitet – alle Daten sind online abrufbar für Deutschland, die Bundesländer sowie für jede Stadt und jeden Kreis. Für seine aktuelle Analyse wendet das WSI eine neue Berechnungsmethode an. Nachdem in vorherigen Versionen noch alle Beschäftigungsverhältnisse gezählt wurden, was aufgrund vieler Neben-Minijobs zu einer höheren Quote führte, basiert die neue Auswertung auf der Anzahl der Personen im Hauptbeschäftigungsverhältnis. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen, wurde die neue Berechnungsmethode im Nachhinein auch auf frühere Jahre angewendet. Neu berechnet lag die Quote der atypisch Beschäftigten 2013 bei 38,6 Prozent.

Die vom WSI berechnete Quote der atypischen Beschäftigung ist höher als die vom Statistischen Bundesamt berichtete Quote. Dies liege vor allem an einer umfangreicheren Erfassung von Teilzeitarbeitsverhältnissen durch die BA, erklärt Pusch. Die BA, deren Daten das WSI nutzt, stütze sich auf die Meldungen von Arbeitgebern, für die wiederum die gesetzliche Definition von Teilzeitbeschäftigung gilt. Demnach liegt Teilzeitbeschäftigung dann vor, wenn die regelmäßige Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers kürzer ist als die einer vergleichbaren Vollzeitkraft. Das Statistische Bundesamt spreche hingegen nur dann von Teilzeit, wenn die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 21 Stunden beträgt, so Pusch. Außerdem seien Schüler, Studenten und Rentner bei den Zahlen des Statistischen Bundesamtes ausgeklammert, in der amtlichen Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur seien sie dagegen berücksichtigt, nur Beamte und Selbstständige seien hier nicht erfasst.

Am stärksten verbreitet ist atypische Beschäftigung in den westdeutschen Flächenländern: Schleswig-Holstein liegt mit 42,7 Prozent vorn, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 41,8 und Niedersachsen mit 41,6 Prozent. Auf Stadt- und Kreisebene kommen Delmenhorst und Landshut mit 54,1 und 52,9 Prozent auf die höchsten Quoten. Im Osten Deutschlands liegen die Werte meist deutlich darunter. Pusch führt dies auf andere Erwerbsmuster vor allem bei Frauen zurück. Im Westen seien Frauen deutlich häufiger atypisch beschäftigt als im Osten. Das liege unter anderem an traditionellen Rollenbildern gerade auf dem Land sowie an fehlenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung. Am niedrigsten ist der Anteil atypischer Beschäftigung in Thüringen mit 35,6 Prozent.

Mehr atypische Jobs im Westen

Von allen abhängig Beschäftigten arbeiteten 2014 in Leiharbeit, Minijobs oder Teilzeit ...



Quelle: WSI 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Den WSI-Daten zufolge arbeiteten 2014 insgesamt 21,8 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Teilzeitjobs. Diese Gruppe machte damit den größten Anteil der atypischen Arbeitsverhältnisse aus. Längst nicht jede Teilzeitbeschäftigung sei prekär, betont Pusch. Doch häufig entspreche Teilzeitarbeit nicht den tatsächlichen Arbeitszeitwünschen der Beschäftigten. Einen Minijob als Hauptverdienst hatten laut WSI 15,1 Prozent der Beschäftigten. In den ostdeutschen Bundesländern sei die Zahl der Minijobs erstmals seit Jahren deutlich zurückgegangen, gleichzeitig die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gestiegen. ◀

* Quelle: WSI-Datenbank „Atypische Beschäftigung“
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Mehr Unzufriedenheit nach Deregulierung

Die Neuregelung der Leiharbeit vor mehr als zehn Jahren hat zu Lohneinbußen und mehr gefühlter Unsicherheit beigetragen. Dadurch ist die Arbeitszufriedenheit von Zeitarbeitern deutlich gesunken.

Zu den Maßnahmen der Agenda 2010, mit denen die rot-grüne Bundesregierung vor über zehn Jahren den Arbeitsmarkt fit machen wollte, gehörten neue Regeln für die Arbeitnehmerüberlassung. Wie sich diese Änderungen auf die Zufriedenheit von Leiharbeitern ausgewirkt haben, haben Henna Busk von der finnischen Universität Jyväskylä sowie Elke Jahn und Christine Singer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung untersucht.* Das Ergebnis: Die Reformen haben die Beschäftigten von Leiharbeitsagenturen unzufriedener gemacht. Eine wichtige Rolle spielten dabei offenbar sinkende Löhne und zunehmende subjektive Unsicherheit.

Bis 2002 sei die Überlassungsdauer gesetzlich auf maximal zwölf Monate beim selben Entleiher beschränkt gewesen, schreiben die Ökonominen. Zudem galten das Synchronisations- und das Wiederbeschäftigungsverbot. Das heißt: Der Arbeitsvertrag mit der Leiharbeitsfirma musste länger dauern als der Einsatz beim Entleiher, Entlassung und anschließende Neueinstellung waren nur einmal erlaubt. 2002 – noch vor den Agenda-Reformen – wurde die zulässige Überlassungsdauer auf 24 Monate verlängert, nach zwölf Monaten waren Leiharbeiter beim Lohn den regulären Beschäftigten des Entleihers gleichzustellen. 2003 wurden die Beschränkung der Überlassungsdauer, das Synchronisationsverbot und das Wiederbeschäftigungsverbot abgeschafft. Zudem wurde der Equal-Pay-Grundsatz relativiert: Leiharbeitsagenturen mit Tarifvertrag konnten von den Löhnen und Arbeitsbedingungen des Entleihers abweichen.

Mittlerweile sei Deutschland einer der größten Märkte für Leiharbeit weltweit, so die Forscherinnen. Im Schnitt waren 2013 etwa 840.000 Leiharbeiter im Einsatz, fast 950.000 neue Verträge wurden geschlossen, 1,1 Millionen beendet. Besonders starke Zuwächse gab es der Studie zufolge in den Jahren nach der Reform im Jahr 2003, einen dramatischen Einbruch während der Wirtschafts- und Finanzkrise: Etwa 70 Prozent der gesamten Beschäftigungsverluste in dieser Zeit seien auf Massenentlassungen in der Leiharbeitsbranche zurückzuführen.

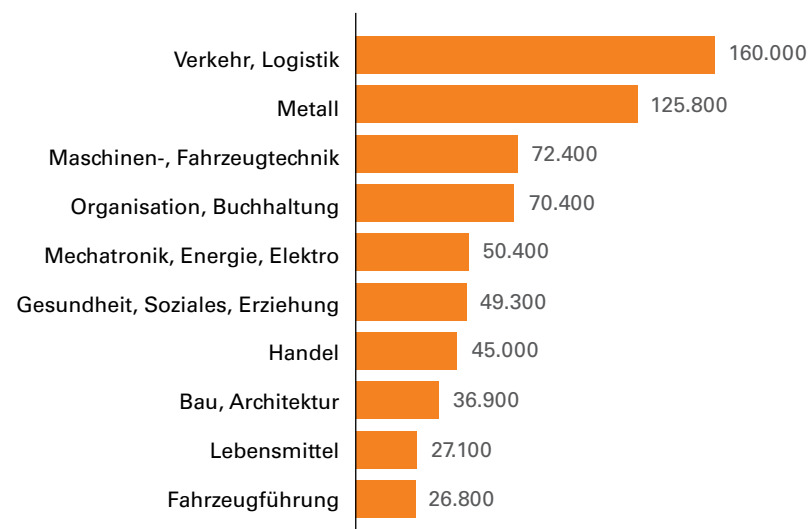
Um empirisch zu ermitteln, welche Konsequenzen die gesetzlichen Änderungen für die betroffenen Beschäftigten hatten, haben die Wissenschaftlerinnen SOEP-Daten zu männlichen Leiharbeitern ausgewertet und sich dabei auf die Arbeitszufriedenheit konzentriert. Als Qualitätsmaßstab für einen Job habe die Zufriedenheit den Vorteil, dass sie nicht nur objektiv messbare Kriterien wie das Lohnniveau, sondern

auch unbeobachtbare Faktoren wie die soziale Integration am Arbeitsplatz widerspiegele.

Der Auswertung zufolge hat die Arbeitszufriedenheit von Leiharbeitern 2002 im Vergleich zu 2001 zunächst zugenommen, von etwa 6,5 auf 7 Punkte auf einer Skala von 0 bis 10. Die Wirtschaftswissenschaftlerinnen erklären das mit dem Equal-Pay-Grundsatz, der 2002 eingeführt worden war. Im Reformjahr 2003 ging die Zufriedenheit dagegen deutlich bis

In vielen Branchen wird geliehen

Im Dezember 2013 gab es insgesamt 814.900 Leiharbeiter in Deutschland. Davon arbeiteten in den Branchen ...



Quelle: BA 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

auf einen Wert von etwa 6 zurück, 2004 – nach Ablauf der Übergangsfrist für den Abschluss von Tarifverträgen – waren es nur noch circa 5,7 Punkte. Auch wenn Merkmale wie das Alter, die Ausbildung, die Gesundheit, die berufliche Position oder die Erwerbsbiografie statistisch berücksichtigt werden, ergibt sich ein Rückgang der Arbeitszufriedenheit um 1,2 bis 1,4 Punkte infolge der Neuregelung. Als Erklärung für diesen Effekt verweisen die Forscherinnen zum einen auf die Löhne von Leiharbeitern, die ihrer Analyse zufolge erheblich gesunken sind. Zum anderen zeigen die Daten, dass die wahrgenommene Jobunsicherheit um 17 Prozentpunkte gestiegen ist. Als eine weitere Ursache für die Unzufriedenheit in der Leiharbeitsbranche vermuten die Ökonominen soziale Isolation. Da Leiharbeiter bei ständig wechselnden Firmen tätig seien, hätten sie wenig Gelegenheit, Beziehungen mit Kollegen aufzubauen. ◀

* Quelle: Henna Busk, Elke Jahn, Christine Singer: Do Changes in Regulation Affect Temporary Agency Workers' Job Satisfaction?, SOEPpaper 732, Januar 2015
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

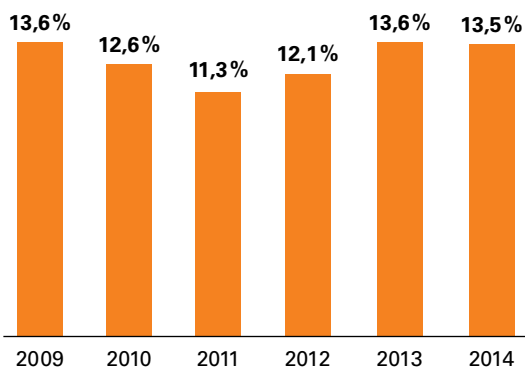
Betriebe bilden nicht genug aus

Demografisch bedingt müsste sich der Ausbildungsmarkt entspannen. Doch in jüngster Zeit gibt es offiziell wieder mehr erfolglose Bewerber. Das hat zum Teil statistische Gründe, liegt aber vor allem an der zuletzt rückläufigen Ausbildungsbereitschaft der Betriebe.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zählte 2014 etwa 810.000 ausbildungsinteressierte Jugendliche. Gut 520.000 von ihnen hatten bis zum Stichtag am 30. September eine Lehrstelle gefunden, 290.000 dagegen nicht. Die offizielle Erfolgsrechnung weist allerdings nur rund 80.000 gescheiterte Bewerber aus. Darauf machen Stephanie Matthes und Joachim G. Ulrich vom BIBB aufmerksam.* Als erfolgloser Bewerber gezählt wird nämlich nur, wer am Stichtag beim Jobcenter als Ausbildung suchend gemeldet und allenfalls im Rahmen einer Überbrückungsmaßnahme der Arbeitsverwaltung beschäftigt ist. Die über 200.000 anderen „ehemaligen Bewerber“ des Jahres bleiben unberücksichtigt. Aus Umfragen ist allerdings bekannt, dass ein großer Teil von ihnen keineswegs eine gute Alternative zur Berufsausbildung gefunden hat, so Matthes und Ulrich. Eben weil sie keinen Ausbildungsplatz haben, schlagen sich viele mit Gelegenheitsjobs oder auf andere Weise durch.

Erfolglose Bewerber

Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz gingen leer aus ...

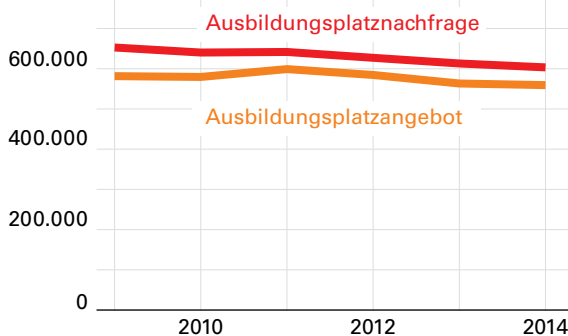


Quelle: BIBB 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Daher ist „die fehlende Berücksichtigung erfolgloser Bewerber, die vor dem 30. September resignieren“, aus Sicht der Forscher nicht akzeptabel. Immerhin nehme sich die Politik des Problems mancherorts an. So habe Hamburg eine Jugendberufsagentur gegründet, die sich bemüht, den Kontakt zu den Bewerbern ohne abgeschlossenen Ausbildungsvertrag zu halten. Dabei zeige sich, dass viele der „unbekannt Verbliebenen“ letztlich der Rubrik „erfolglose Nachfrager“ zugeordnet werden müssen. Eine steigende Quote erfolgloser Nachfrager ist in diesem Fall allein der besseren Aufklä-

Knappes Angebot

So entwickelten sich ...



Quelle: BIBB 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

rung geschuldet – „ein etwas misslicher Umstand, da eine bildungspolitisch sinnvolle Maßnahme mit schlechteren statistischen Kennzahlen bestraft wird“, so Matthes und Ulrich.

Ein anderer Grund dafür, dass heute mehr erfolglose Lehrstellenbewerber ausgewiesen werden müssen, besteht den Wissenschaftlern zufolge im schrumpfenden Angebot an Plätzen in berufsvorbereitenden Maßnahmen. Dieser Teil des sogenannten Übergangssektors ist in die Kritik geraten, weil damit auch solchen Jugendlichen zur „Ausbildungsreife“ verholfen werden sollte, die offiziell längst die nötigen Fähigkeiten besaßen. In den vergangenen Jahren wurden daher immer weniger Bewerber in solche Maßnahmen gelenkt. Von knapp 41.000 im Jahr 2009 sank die Teilnehmerzahl auf weniger als 20.000 im vergangenen Jahr.

Den Hauptgrund für die Probleme am Ausbildungsmarkt sehen Matthes und Ulrich allerdings im schrumpfenden Angebot an Ausbildungsplätzen: **Das Vertrauen der Bildungspolitiker „auf die betriebliche Angebotsentwicklung erwies sich als Fehlkalkulation“.** Eine umfangreiche statistische Analyse, die vergleicht, wie sich die Quoten erfolgloser Bewerber in den Bundesländern von 2009 bis 2014 entwickelt haben, bestätigt: Je weniger betriebliche Lehrstellen angeboten wurden und je weniger außerbetriebliche Angebote es noch gab, desto höher fiel die Quote der erfolglosen Bewerber aus.

Das Argument der Wirtschaftsverbände, jungen Menschen, die keine Lehrstelle finden, fehle einfach die nötige Qualifikation, lasse sich vor dem Hintergrund ihrer Ergebnisse nicht aufrechterhalten, so die Forscher. Immerhin handele es sich bei der offiziell wieder gestiegenen und statistisch erfassbaren Zahl erfolgloser Ausbildungsstellenbewerber ausnahmslos um sogenannte „ausbildungsreife“ Bewerber, deren Eignung zur Aufnahme einer Berufsausbildung von den Beratungs- und Vermittlungsdiensten geklärt worden sei.

Die Forscher weisen zudem darauf hin, dass diejenigen Jugendlichen, die ihre Lehrstellensuche abgebrochen haben, ohne Beratungs- und Vermittlungsdienste der Arbeitsagentur in Anspruch zu nehmen, in ihren Berechnungen noch nicht enthalten sind. Nach älteren Schätzungen dürfte es sich dabei um weitere „mehrere Zehntausend Personen“ pro Jahr handeln. ◀

* Quelle: Stephanie Matthes, Joachim G. Ulrich: Warum gibt es wieder mehr erfolglose Ausbildungsplatznachfrager?, in: WSI-Mitteilungen 2/2015
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Unternehmen als Ware

Der „Private Equity Monitor Deutschland“ zeigt das Ausmaß der Übernahmen durch private Beteiligungsgesellschaften im Jahr 2013. Für die Mitbestimmung stellen Finanzinvestoren eine große Herausforderung dar.

Vor fast genau zehn Jahren, im April 2005, bezeichnete der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering sogenannte Private-Equity-Gesellschaften als „Heuschrecken“. Ihnen gehe es allein um kurzfristige Gewinnmaximierung, so der Vorwurf. Die Finanzinvestoren hielten dagegen, sie erfüllten eine wichtige Funktion als Kapitalgeber für die Wirtschaft. So vehement die Diskussion über Jahre geführt worden ist, so wenig wissenschaftliche Erkenntnisse über die Rolle und das aktuelle Ausmaß von Private-Equity-Beteiligungen liegen vor. Das Wissen sei nach wie vor sehr begrenzt, schreiben Christoph Scheuplein und Florian Teetz von der Universität Münster. Es existierten für Deutschland nur wenige Studien, deren Daten nicht auf die Branchenverbände der Private-Equity-Industrie zurückgehen.

In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt haben die beiden Forscher die Aktivitäten von Private-Equi-

Investoren waren vorwiegend im Rahmen kleinerer Übernahmen beteiligt.

- Besonders begehrt waren exportstarke Firmen aus den Branchen Chemie, Elektrotechnik, Fahrzeugbau und Maschinen- beziehungsweise Anlagenbau. In diesen Bereichen fand gut ein Drittel aller Übernahmen statt, gleichzeitig war hier ein Viertel aller betroffenen Arbeitnehmer beschäftigt. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Dienstleistungsfirmen, die 12 Prozent aller Übernahmen und 19 Prozent aller Beschäftigten ausmachten.
- Verkäufer an Private-Equity-Investoren waren natürliche Personen mit einem Anteil von 44 Prozent – meist Firmeninhaber auf der Suche nach einem Nachfolger. Insbesondere bei großen Übernahmen spielten auch auf der Verkäuferseite Private-Equity-Investoren eine zentrale Rolle. In 26 Prozent der Fälle kam es zu sogenannten „Secondary

Buyouts“ von Finanzinvestor zu Finanzinvestor. Nach Ansicht der Forscher wirft dies kritische Fragen bezüglich der Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells Private Equity auf.

► Insgesamt verkauften Private-Equity-Gesellschaften in Deutschland 121 Unternehmen und erzielten damit einen Erlös von 28,3 Milliarden Euro. In diesen Unternehmen waren 202.000 Beschäftigte angestellt. Wenn eine Private-Equity-Gesellschaft ein Unternehmen verkaufte, dann nicht selten ins Ausland, in vielen Fällen stiegen asiatische Eigentümer ein.

Internationale Investoren dominieren

Diese Private-Equity-Firmen gaben 2013 in Deutschland am meisten für Übernahmen aus ...

Gesellschaft	Land	Transaktionsvolumen in Millionen Euro
CVC Capital Partners	USA	3.500
BC Partners	Großbritannien	3.427
Cinven	Großbritannien	2.360
Hellman & Friedman	USA	1.500
AEA Investors	USA	640
OpCapita	Großbritannien	627
Carlyle	USA	508
Kawa Capital Management	USA	503
Charterhouse Capital Partners	Großbritannien	500
Bain Capital	USA	400

Quelle: Majunke Consulting, Preqin, Scheuplein/Teetz 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

ty-Gesellschaften, deren Geschäftsmodell aus dem Kaufen und Verkaufen von Unternehmen besteht, systematisch erfasst.* Der „Private Equity Monitor Deutschland“ zeigt ein umfassendes Bild der Übernahmen und Weiterverkäufe von Finanzinvestoren in Deutschland im Jahr 2013.

- Private-Equity-Gesellschaften kauften 2013 insgesamt 191 Unternehmen mit Sitz in Deutschland. Diese Unternehmen wiesen einen Umsatz von 16,5 Milliarden Euro aus und beschäftigten 117.000 Arbeitnehmer.
- Vier Fünftel der betroffenen Beschäftigten waren in Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern beschäftigt
- Das Transaktionsvolumen belief sich insgesamt auf 18,9 Milliarden bis 21,3 Milliarden Euro.
- Finanzinvestoren aus den USA und Großbritannien dominierten den Markt. Sie waren für rund drei Viertel des gesamten Transaktionsvolumens verantwortlich. Deutsche

Der Einstieg eines Private-Equity-Investors sei für die Beschäftigten immer mit Unsicherheit verbunden, so die Wissenschaftler. Wichtige Fragen seien, mit welchen Maßnahmen der Investor den Weiterverkaufswert seines Investments zu steigern versucht und welche Folgen dies für Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen hat. Betriebsräte stünden häufig vor dem Problem, dass der Investor als eigentlicher Entscheidungsträger nicht als Ansprechpartner vor Ort ist. „Mit ihrem befristeten Geschäftsmodell und mit ihren aktivistischen Restrukturierungsstrategien bleiben die Finanzinvestoren eine dauerhafte Herausforderung für das deutsche System der Mitbestimmung“, schreiben Scheuplein und Teetz. ◀

* Quelle: Christoph Scheuplein, Florian Teetz: Private Equity Monitor Deutschland 2013, unter Mitarbeit von Friedrich Sommer, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, 2014
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen,
Dr. Kai Kühne, Katja Wolf; **E-Mail:** redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: 02 11 / 77 78-148, **Fax:** 02 11 / 77 78-207
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56,
40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Grafiken zum Download (Abdruck frei nach
Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie
weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Mehr Arbeit

Die Zahl der geleisteten
Arbeitsstunden in
Deutschland betrug ...



2014	58,5 Mrd.
2013	57,6 Mrd.
2012	57,8 Mrd.
2011	57,9 Mrd.

IAB, März 2015

BILDUNG

Mehr Akademiker im Norden

Von den 30- bis 34-Jährigen
hatten 2014 einen Hoch-
schulabschluss in ...



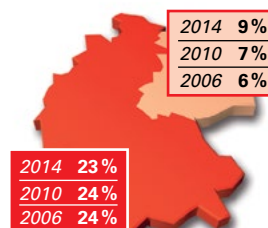
Schweden	49,6 %
Deutschland	31,6 %
Italien	23,3 %
EU-28	37,6 %

Eurostat, März 2015

GENDER

Westen als schlechtes Vorbild

Der Verdienstunterschied
zwischen Männern und
Frauen betrug ...

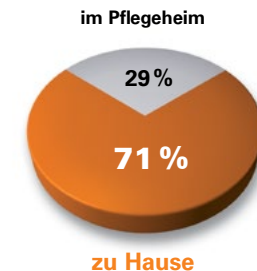


Statistisches Bundesamt, März 2015

GESUNDHEIT

Zwei Drittel zu Hause gepflegt

Pflegebedürftige wurden
2013 versorgt ...

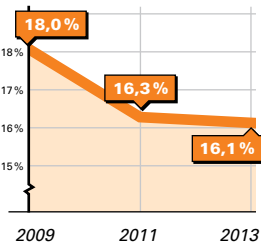


Statistisches Bundesamt, März 2015

EINKOMMEN

Weniger Sozialleistungen

Gemessen am Bruttoinlands-
produkt betrugen die Ausga-
ben für Sozialleistungen* ...

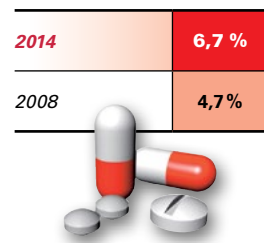


* Ohne Sachleistungen
DIW, Februar 2015

ARBEITSWELT

Doping am Arbeitsplatz

Um leistungsfähiger zu sein,
haben von den Beschäftig-
ten verschreibungspflichtige
Medikamente genommen ...

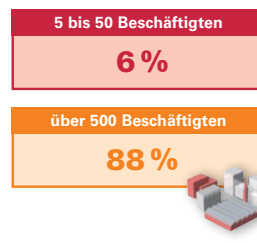


DAK, März 2015

MITBESTIMMUNG

Größere Belegschaft, mehr Betriebsräte

Einen Betriebsrat hatten 2013
von den Firmen mit ...*

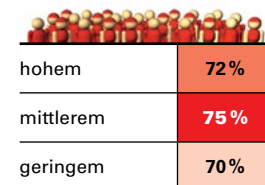


* privatwirtschaftliche Betriebe ab
5 Beschäftigte; WSI Statistisches
Taschenbuch Tarifpolitik, Februar 2015

ZUFRIEDENHEIT

Ungleichheit beunruhigt die meisten

Wachsende soziale
Unterschiede halten für
problematisch von den
Deutschen mit ...



Sozialstatus

Allensbach, Februar 2015

► **MINDESTLOHN:** 12 Pro-
zent der Betriebe haben Be-
schäftigte, die im vergange-
nen Jahr weniger als 8,50
Euro pro Stunde verdienten.
Das zeigt eine Studie des In-
stituts für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB). Um zu
ermitteln, in wie vielen Betrie-
ben Menschen arbeiten, die
nun Anspruch auf einen hö-
heren Lohn haben, und wie
viele Arbeitnehmer dies sind,

haben die IAB-Forscher 16.000
Betriebe aller Größenklassen
und Wirtschaftszweige befragt.
Die Ergebnisse sind repräsen-
tativ für Betriebe mit mindes-
tens einem sozialversiche-
rungspflichtig Beschäftigten.
Nicht erfasst sind Betriebe, in
denen ausschließlich Minijob-
ber arbeiten.
Im Bundesdurchschnitt beka-
men 45 Prozent der Beschäftig-
ten in den betroffenen Betrie-

ben Löhne unter dem heute
geltenden Mindestniveau.
Unmittelbare Auswirkung hat
die Einführung des Mindest-
lohns nach Hochrechnungen
des IAB auf 4,4 Prozent der Be-
schäftigten in Deutschland.
Dieser Wert erscheine vergli-
chen mit früheren Schätzun-
gen eher niedrig, so das IAB.
Es sei aber zu bedenken, dass
gut 7 Prozent der Betriebe – in
Erwartung des Mindestlohns –

bereits im vergangenen Jahr
Niedriglöhne angehoben ha-
ben. Zudem sei in den Daten
berücksichtigt, dass der Min-
destlohn für Beschäftigten-
gruppen wie Auszubildende
oder Praktikanten nicht gelte.
Im Gegensatz zu anderen Stu-
dien seien bei den Stunden-
löhnen auch Sonderzahlun-
gen berücksichtigt.

IAB, März 2015

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 30. April

bestellen unter boecklerimpuls.de